

Parität in die Parlamente

Wir, die Erstunterzeichnerinnen, die sich seit langer Zeit für die Gleichberechtigung einsetzen, beobachten mit großer Sorge, dass Frauen in den Parlamenten nicht paritätisch vertreten sind. Damit sich das ändert, fordern wir ein paritätisches Wahlgesetz sowohl für die Landtags- als auch für die Kommunalwahlen in Niedersachsen.

Seit Jahren verharrt der Anteil von Frauen in den Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auf niedrigem Niveau. Im Niedersächsischen Landtag beträgt der Frauenanteil rund 29 %, in der Landeshauptstadt Hannover liegt der Anteil der Frauen im Rat bei nur 33 %. In den Kreistag des Landkreises Göttingen kamen rund 34 % Frauen. Im Landkreis Osnabrück dümpelt jetzt der Frauenanteil zwischen 18,5 % in der Samtgemeinde Fürstenau bis 33,3 % in Bramsche. So kann das in Niedersachsen nicht weitergehen.

Auch die Wahlen zum Deutschen Bundestag 2021 bestätigen das eklatante Übergehen von Frauen in der politischen Repräsentanz mit lediglich 34,8 %.

Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinten. In Ländern wie Frankreich und Spanien, die klare, auch sanktionsbewehrte Quotenregelungen im Wahlrecht eingeführt haben, erreicht oder überschreitet die Repräsentanz von Frauen die 40%-Marke. Wenn diese Länder es geschafft haben, warum soll uns das nicht auch gelingen?

Die fortdauernde Unterrepräsentanz von Frauen ist ein nicht mehr hinnehmbares Demokratiedefizit. Es ist höchste Zeit, den Gleichstellungsauftrag aus Art.3 Abs.2 S.2 des GG auch bei Wahlen zur Geltung zu bringen.

Nach wie vor dominiert in Niedersachsen in einigen Parteien der Regionalproporz in innerparteilichen Nominierungsverfahren. Und in erster Linie werden Männer auf sichere Listenplätze gebracht. Dies sind erhebliche Hindernisse für eine geschlechtergerechte Besetzung der Wahllisten und für eine Bestimmung der Direktwahlkandidatinnen. Deshalb ist es auch dringend geboten, die jeweiligen Parteistatuten zu überarbeiten.

Wir brauchen jetzt das Paritätsgesetz!

Hannover, im Dezember 2021

V.i.S.d.P.

Heidi Merk, Landesministerin a.D., Rotkäppchenweg 1, 30179 Hannover
heidi.merk@t-online.de, Tel.: 0511 603530